

Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften



45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Antragsteller*in: BAGen Sprecher*innenrat
Beschlussdatum: 19.09.2020

Änderungsantrag zu GSP.W-01

Von Zeile 37 bis 38 einfügen:

Aufgabe des Staates, für Information, Transparenz und Wahlfreiheit zu sorgen und die Durchsetzung von Verbraucher*innen-Rechten sicherzustellen.

(NEUER §) Faire Markteinkommen, die nicht durch politische Privilegien, Marktmacht oder unfaire Vermögensverteilung verfälscht sind, sind zentral für ein zukunftsfähiges Wirtschaftssystem. Leistungslose Einkommen wollen wir begrenzen. Der übermäßigen Spreizung der Vermögen und Einkommen, auch zwischen den Geschlechtern und Weltregionen, wirken wir entgegen, denn sie schadet dem Gemeinwohl und gefährdet den sozialen Frieden. Arbeitnehmer*innenrechte und Gewerkschaften stärken wir konsequent. Die Steuerlast verlagern wir vom Faktor Arbeit in Richtung Ressourcenverbrauch sowie Einkommen aus Kapital- und Bodenbesitz.

Begründung

Verteilungsthema deutlicher benennen; Verteilung auch von Macht und Einflussnahme, nicht nur von Geld; Steuerlast von Arbeit in Richtung Ressourcenverbrauch verlagern, so wie im geeinten BDK-Beschluss von Bielefeld